

Kocka, Jürgen

Book Review

[Rezension] Jürgen Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 8 : Hardenbergs Umfrage über die Lage der Kinder in den Fabriken und andere Dokumente aus der Frühgeschichte der Lage der Arbeiter. Berlin: Akademie-Verlag, 1960

Archiv für Sozialgeschichte

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1974) : [Rezension] Jürgen Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 8 : Hardenbergs Umfrage über die Lage der Kinder in den Fabriken und andere Dokumente aus der Frühgeschichte der Lage der Arbeiter. Berlin: Akademie-Verlag, 1960, Archiv für Sozialgeschichte, ISSN 0066-6505, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg, Vol. 14, pp. 497-500

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/123009>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Bd. 8: Hardenbergs Umfrage über die Lage der Kinder in den Fabriken und andere Dokumente aus der Frühgeschichte der Lage der Arbeiter, hrsg. von Ruth Hoppe, Jürgen Kuczynski und Heinrich Waldmann (= Dokumente und Studien A zu Bd. 1), 1960, VIII, 206 S., Ln., 11 M.

In diesem Band sind Quellen zur Geschichte der Armut im Vormärz abgedruckt, insbesondere die Umfrage Hardenbergs zur Kinderarbeit von 1817 und die zugehörigen Antworten der Oberpräsidenten und anderer Verwaltungsstellen (S. 1 – 108). Der preussische Reformbeamte J. G. Hoffmann hatte ein Rundschreiben verfaßt, das Hardenberg an alle gewerbereichen Provinzen im September 1817 schickte. Hoffmann und Hardenberg fragten darin die Oberpräsidenten und andere Verwaltungsbehörden nach den Mitteln, »wodurch es überhaupt zu verhindern ist, daß die Fabrikation, von welcher die Kultur und der Wohlstand der blühendsten Länder ausgeht, nicht eine zahlreiche

Menschenklasse erzeuge, die in den besten Jahren dürftig und bei jeder Mißernte oder jeder Stockung des Absatzes dem tiefsten Elende preisgegeben ist«. Eine fortschreitende Vermehrung und Proletarisierung der Fabrikarbeiterschaft aufgrund ökonomischer Gesetze wird prognostiziert. Die Hauptsorge gilt der Kinderarbeit in den »Fabriken«, die langfristig das Arbeiterangebot in anderen Berufen und Wirtschaftszweigen beschneiden und die Wehrtüchtigkeit mindern könne. Die »Erziehung zum Fabrikarbeiter«, die in frühem Lebensalter einsetze und meist unrevidierbar sei, gehe überdies »auf Kosten der Erziehung zum Menschen und Staatsbürger«; der Mensch werde genötigt, »die höchste mechanische Fertigkeit in einem einzelnen Handgriff mit dem Verlust seiner moralischen Freiheit zu erkaufen, selbst ehe er erkennen kann, wieviel dieser Kauf ihm kostet«. Die Verantwortung des Staates zur Abwendung solcher Gefahren wird durchaus noch anerkannt, und es wird nach Mitteln gesucht, sie trotz prinzipieller Anerkennung wirtschaftsliberaler Prinzipien einzulösen.

Diese überwiegen dann bereits in den von Kuczynski abgedruckten Antworten der Verwaltungsstellen, die mehrheitlich dafür plädieren, auf direkte Staatseingriffe zu verzichten; einige von ihnen leugnen das Bedrückende an dem Problem, viele schlagen unbedeutende kleine Linderungsmaßnahmen (Sonntagsschulen, Anstalten zu gymnastischen Übungen z. B.) vor, das Gefühl der Hilflosigkeit herrscht bei anderen vor, einer (von Vincke in Münster) sucht die Lösung in der Rückkehr zu zünftig-ständischen Regulierungen, und nur eine kleine Minderheit – vor allem die Regierungen in Potsdam und Berlin sowie eine Gruppe von Berliner Unternehmern (siehe S. 104 f.) – schlägt Maßnahmen im Sinne späterer Arbeiterschutzgesetzgebung vor. Es sollte noch 22 Jahre dauern, bis in Preußen die erste gesetzliche Einschränkung der Kinderarbeit durchgesetzt werden konnte – die nötigen Informationen über die bedrückenden Mißstände, die Gesichtspunkte zu ihrer Interpretation und Vorschläge zu ihrer Linderung waren schon 1817 durch eine Initiative des Reformbeamtentums vorhanden.

Die Dokumente, von denen sich einzelne sehr gut als Grundlage für Quelleninterpretationen in Grundveranstaltungen eignen dürften, geben nicht nur Einblicke in die sehr verschiedenen Beurteilungen, die in der damaligen preußischen Staatsverwaltung zu Fragen des Verhältnisses zwischen Obrigkeitsstaat und entstehender, sich polarisierender Wirtschaftsgesellschaft bestanden. Sie enthalten auch, durch die bürokratische, teilweise sehr genaue Brille der berichtenden Behörden gesehen, wichtige Details zur lokal und branchenmäßig sehr differierenden Situation der »Fabriken« und ihrer Arbeiter.

Dem Leser, der sich Zeit nimmt, bietet sich hier überdies die Gelegenheit, sich durch Vergleich der Quellen mit dem Kommentar Kuczynskis (S. 3 – 21) ein eigenes Urteil über dessen Interpretationsniveau zu bilden. Er schenkt sich detaillierte empirisch-kritische Erläuterungen: Weder erfährt man etwas über die Entstehungs- noch über die Wirkungsgeschichte des Rundschreibens, obwohl diese doch wenigstens teilweise aus den Merseburger Akten, die Kuczynski ohne Problem zur Verfügung stehen, erschließbar sein müssen; von dem *konkreten* sozialen und politischen Ereignis- und Entwicklungszusammenhang, in dem die Aktion steht, erfährt der Leser ebenfalls so gut wie nichts⁴¹. Kuczynski verzichtet auf begriffliche Erläuterungen, insbesondere geht er nicht dem schillernden Gebrauch des Wortes »Fabrik« nach, versäumt darauf hinzuweisen, daß unter »Fabrik« offenbar auch noch Verlagsunternehmen mit Heimarbeitern subsumiert werden (besonders deutlich in Vinckes Bericht über die sauerländischen und ostwestfälischen Gewerbe S. 50 – 53). Kuczynski gebraucht das Wort ganz naiv, als ob es keine

41 Vgl. dazu *Reinhart Koselleck*, Staat und Gesellschaft in Preußen 1815 – 1848, in: *Werner Conze* (Hrsg.), Staat und Gesellschaft im deutschen Vormärz 1815 – 1848, Stuttgart 1962, S. 84 – 112, besonders S. 105 – 107 und dort Anm. 91 mit Hinweis auf einen früheren Teilabdruck der Quelle (*Soziale Welt*, Jg. 9 [1958], H. 3 – 4 mit einer Interpretation von W. Schulze). Vgl. auch *R. Koselleck*, Preußen zwischen Reform und Revolution, Stuttgart 1967, S. 624, Anm. 235.

historische Bedeutungsveränderung gegeben hätte (z. B. S. 5), die selbst eine realhistorische Veränderung spiegelt; offenbar weiß er es nicht besser. Es wimmelt von Verzerrungen, etwa wenn er Hardenberg aufgrund seines⁴² Rundschreibens anzuhängen versucht, *nur* aus ökonomischen und militärischen Erwägungen einem »Hauch von Sorge über das Schicksal der Arbeiterkinder« Ausdruck zu geben (S. 4, siehe dagegen S. 25). »Uninteressiert« gebe sich Oberpräsident Vincke in seiner Antwort gegenüber den an ihn gestellten Fragen (so Kuczynski, S. 12) – man lese S. 50 – 53 nach, ob das zutrifft; und daß die »Lehre von der bürgerlichen Wirtschaftsfreiheit« à la Adam Smith um 1817 mitnichten »das Ideal der Bourgeoisie« Preußens und anderer deutscher Staaten gewesen ist (sieht man vom Rheinland einmal ab), ist immer wieder von den Untersuchungen zur preußischen Industrialisierung herausgearbeitet worden – Kuczynski behauptet es dennoch (S. 20). Überhaupt erleichtert ihm sein großzügiger Verzicht auf das – natürlich manchmal etwas mühsame – Eindringen ins historische Detail den großzügigen Gebrauch der glatten Phrase. So kann er die verschiedenen Stellungnahmen der verschiedenen Oberpräsidenten um so leichter in Kategorien eines groben Klassenschemas (Junker gegen Bourgeoisie) einordnen⁴³, da er souverän darauf verzichtet, systematisch Informationen zu Herkunft, sozialen Kontakten, Schulbildung, ökonomischer Situation und biographischer Entwicklung der einzelnen Oberpräsidenten zu eruieren und zu fragen, wer denn konkret in den Provinzialverwaltungen diese Antworten beeinflusste und verfaßte. Ein bißchen mehr Solidität hätten diese Quellen schon verdient; aber dann hätten sie leicht zu Instanzen der Teilkritik an gängigen Theoremen werden können, und das war offenbar das letzte, was Kuczynski beabsichtigte.

S. 109 – 156 beschäftigen sich mit einer Preisfrage, die die Königliche Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt im Jahre 1835 stellte: »Ist die Klage über die zunehmende Verarmung und Nahrungslosigkeit in Deutschland begründet, welche Ursachen hat das Übel und welche Mittel bieten sich zur Abhilfe dar?« – »Von den 16 ordnungsgemäß eingereichten Antworten vertreten 10 die Ansicht, daß man von einem Verarmungsprozeß sprechen kann, eine gibt keine eindeutige Antwort, für 3 weitere ist aus der Zusammenfassung die Antwort nicht ersichtlich und nur 2 verneinen offensichtlich die Frage. Eine dieser beiden Verneinungen erhielt den Preis [...]. Von den 10 Antworten, die die Frage, ob Armut und Nahrungslosigkeit zugenommen haben, bejahen – sprechen sich 4 ganz deutlich »gegen Fabrikanten und Maschinen« aus. So erklärt eine, daß alle verarmten, »während der Geldbesitz sich in den Händen der Fabrikanten, Maschinenbesitzer und Papierspekulanten anhäuft«. Nur 3 nehmen ganz offen für die Entwicklung der modernen Industrie Stellung. Für die Einrichtung von Zünften treten ganz offen 2, gegen Zünfte offen nur eine Antwort auf. [...] Recht allgemein – bei 6 von 10 bejahenden Antworten – wird auch Überbevölkerung als Ursache der Verarmung genannt – apologierender Schatten von Malthus!« (S. 112). Eine Übersicht der Akademie über die eingegangenen Antworten (S. 115 – 156) und zugeordnete Kommunikationen werden abgedruckt.

Schließlich enthält der Band (S. 165 – 189) Besprechungen des 1845 erschienenen Buches von Engels »Die Lage der arbeitenden Klasse in England«; die Rezensenten sind: ein hoher Beamter in Sachsen-Meiningen, der preußische Statistiker Frh. v. Reden, ein Ano-

42 Daß Hoffmann der Verfasser war, hat Kuczynski nicht eruiert.

43 Es ist eine unbelegte Behauptung, wenn Kuczynski die Schärfe der sozialpolitischen Vorschläge der Berliner Regierungsbeamten dadurch erklärt, daß sie »im Schutze des Klassenkampfes zwischen halbfeudalen Junkern und Bourgeoisie« entstanden und »durch feudale Kräfte gedeckt sind, da es gegen die Bourgeoisie geht« (S. 17 und 16). Wer ist gemeint? Wie funktionierte der unterstellte Mechanismus konkret? Galt diese These vom feudal-bourgeoisem »Klassenkampf« in dieser Abstraktheit nicht ebenso für Schlesien, während doch der Breslauer Oberpräsident (S. 106 – 108) zu ganz anderen Ergebnissen kam?

nymus in der »Allgemeinen Preußischen Zeitung« (alle 1845) und der Nationalökonom Bruno Hildebrand (1848; im Auszug).
Jürgen Kocka